

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 30/2022

Inhalt

- ❖ Aktuelles Thema:
Ukraine
Seite 1-4
- ❖ Aus der Region
Seite 5-9
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 9-12
- ❖ Rassismus -
Debatte
Seite 12-13
- ❖ Migration
weltweit
Seite 14
- ❖ Kultur
Seite 13-14
- ❖ Kontakt und
Impressum
Seite 15



1

Liebe Leser*innen,

das Unvorstellbare ist eingetroffen: nur knapp 1550 Kilometer Luftlinie und keine zwei Stunden Flugzeit von Deutschland entfernt herrscht Krieg. Laut einer [statista Umfrage](#) vom 10. Februar konnten sich nur 33% der Deutschen einen Krieg in der Ukraine vorstellen. Nach dem gewaltsamen Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich die EU innerhalb nur einer Woche für immer grundlegend verändert. Was ein Krieg mit den betroffenen Menschen macht, kann man allerdings kaum beschreiben. Deutschland hilft, Polen und Ungarn nehmen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine mit offenen Armen auf. Polen und Ungarn? Das sorgt für Verwunderung. Sind das nicht die Länder, die bei der Flüchtlingswelle 2015 und in den Folgejahren die europäische Solidarität verweigert haben und eine Verteilung nach Quoten ablehnten? Sie handeln aus ihrer Perspektive konsequent - ja zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus einem direkten Nachbarland, Nein zur Verteilung von „Wirtschaftsmigranten“ aus weit entfernten Staaten, so der [Tagesspiegel](#). „Ihre Staaten entstanden in historischen Wechselwirkungen und die Nachbarvölker wissen, wie Schnaps und Schinken schmecken“, kommentiert die [Welt](#).

*Einige große Medien versuchen aktuell, ukrainische Flüchtende von Schutzsuchenden aus nicht-europäischen Konfliktregionen abzugrenzen („transnationale Asylummigration“). Das schafft eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Flüchtenden, wobei dem europäischen, „weißen“ Schutzsuchenden mit Empathie und Mitgefühl begegnet wird, während das Leid nicht-europäischer Flüchtender relativiert wird. Aber Krieg ist Krieg, Leid ist Leid und Mensch ist Mensch, ganz egal, wo auf der Welt. Punkt. Menschen, die aus Kriegsgebieten fliehen, haben laut [Genfer Flüchtlingskonvention](#) ein Recht auf Schutz und Asyl und zwar unabhängig von ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion. Egal, ob aus der Ukraine oder aus Afghanistan, egal, ob „weiß“ oder People of Color, egal, ob Christ*in oder Muslim*in, jedes Leben ist gleich wertvoll und schutzbedürftig.*

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)

Sozialdezernent Aurand: „Wir sind dankbar für die vielen Angebote“ Wohnraum für Geflüchtete aus der Ukraine

Wetzlar/Herborn/ Dillenburg (ldk): Seit Montag, 28. Februar 2022, sucht die Kreisverwaltung intensiv nach Wohnraum für eine Wohnraumbörse. Wer ein freies Zimmer, eine freie Wohnung oder ein Haus zur Verfügung stellen kann, wird gebeten, sich per E-Mail an integration@lahn-dill-kreis.de zu wenden. Unter der Telefonnummer 06441 407-1464 können sich Bürgerinnen und Bürger zwischen 8 und 16 Uhr melden, wenn sie freien Wohnraum anbieten möchten. „Wir sind dankbar für die vielen Angebote. Ob und wann diese in Anspruch genommen werden, müssen wir derzeit noch abwarten. Das hängt davon ab, wie sich das Fluchtgeschehen entwickelt. Deshalb sammeln wir die Angebote erst einmal und melden uns gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt zurück“, erklärt Stephan Aurand, Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter und Sozialdezernent des Lahn-Dill-Kreises. Alle Menschen, die bisher aus der Ukraine im Lahn-Dill-Kreis angekommen sind, konnten privat unterkommen, vor allem bei Freunden oder Verwandten.

Wohnraum-Hotline ☎ 06441 407-1464 oder per E-Mail an integration@lahn-dill-kreis.de.

Lahn-Dill-Kreis richtet Erstaufnahmeeinrichtung für das Land Hessen her Erstaufnahme von bis zu 1000 Menschen

Wetzlar/Dillenburg/Herborn (ldk): Am Freitag, 18. März 2022, hat der Lahn-Dill-Kreis den Einsatzbefehl des Landes Hessen bekommen, eine Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 1.000 Menschen bis Montagmittag einzurichten. Die Menschen, die vorwiegend aus der Ukraine kommen, können auch an zwei Standorten untergebracht werden. Künftig sollen die Turnhalle der August-Bebel-Schule Wetzlar und der ehemalige Toom-Baumarkt in Herborn als Erstaufnahmeeinrichtung dienen. Bis die beiden Orte hergerichtet sind, werden die Freiwilligen Feuerwehren im Lahn-Dill-Kreis die Turnhalle der Comenius-Schule und die Nassau-Oranien-Halle in Dillenburg für jeweils 500 Menschen herrichten. Diese beiden Sporthallen werden voraussichtlich nur bis zum Ende der hessischen Osterferien genutzt.

Die Menschen, die dann in der Erstaufnahmeeinrichtung im Lahn-Dill-Kreis untergebracht werden, werden dort offiziell registriert, medizinisch untersucht und bekommen ein Impfangebot zum Schutz vor dem Corona-Virus. Die Erstaufnahmeeinrichtung im Lahn-Dill-Kreis soll nach derzeitigem Stand für drei Monate in Betrieb gehen, der Mietvertrag kann seitens des Landes Hessen bei Bedarf für einen weiteren Monat verlängert werden. Die Kosten für die Versorgung der Geflüchteten übernimmt das Regierungspräsidium Gießen, Verdienstauffälle für die freiwilligen Helfer, beispielsweise der Feuerwehren, trägt das Land Hessen. Unabhängig davon wird das Ankunftscenter Lahn-Dill-Kreis in der Kestnerschule in Wetzlar weiter in Betrieb bleiben. Dort finden bis zu 250 Menschen Platz.

Aktuelle Infos für Geflüchtete aus der Ukraine

Informationsportale und LDK-App Integreat

Derzeit kommen Tausende Geflüchtete nach Deutschland. EU und Deutschland zeigen sich bereit zur Aufnahme. Aber welche Gesetze gelten? Und welche Rechte haben Geflüchtete aus der Ukraine? Dazu gibt es verschiedene mehrsprachige Infoseiten, die laufend aktualisiert werden.

- [Hilfe-Portal der Bundesregierung](#) für ankommende Geflüchtete aus der Ukraine
- [Infoseite des Auswärtigen Amts](#) (auch auf Ukrainisch/Russisch)
- [Infoseite des Bundesinnenministeriums](#) (auch auf Englisch/Ukrainisch)
- [Infoseite der EU-Kommission](#) (Englisch)
- [Infoseite des Landes Hessen](#)
- [Informationen zu Einreise und Aufenthalt](#) (auch auf Ukrainisch)
- [Corona-Schutzimpfung](#) (Ukrainisch)
- [Infos Lahn-Dill-Kreis](#) (Wohnraumbörse und Ausländerbehörde: 06441 407-1464)
- [Lahn-Dill-Kreis Integreat-App](#) (Informationen auch auf Ukrainisch, Russisch, Polnisch)

Wie kann ich in Hessen helfen?

Hessenschau veröffentlicht eine Übersicht

Die erschütternde Situation in der Ukraine hat viele Menschen bewegt, aktiv zu werden. Zahlreiche Privatleute auch in Hessen versuchen zu helfen. Deren Seriosität kann nicht in jedem Einzelfall überprüft werden. Deswegen führt die [Hessenschau](#) hier nur Initiativen auf, hinter denen bekannte Institutionen stehen, die entweder schon länger in der Nothilfe aktiv sind oder Kontakte in die Ukraine oder deren Nachbarländer pflegen. Informationen und Ansprechpartner gibt es zu Sachspenden, Geldspenden und Wohnungsangeboten. Die Hessische Landesregierung stellt für alle mittelbar oder unmittelbar vom Krieg betroffenen Menschen in Hessen Informationen bereit, die Sie [hier](#) abrufen können.

Hilfe für die Menschen in der Ukraine

Malteser und DRK werben für Geldspenden

Sachspenden und ehrenamtliche Hilfsangebote kann der Lahn-Dill-Kreis leider nicht selbst entgegengenehmen und koordinieren. Wer die Geflüchteten vor Ort unterstützen möchte, kann sich beispielsweise an das DRK Wetzlar oder Dillenburg oder die Malteser wenden. Die [Malteser in Wetzlar](#) rechnen mit sehr hohem Hilfebedarf für die aus der Ukraine flüchtenden Menschen. Aktuell werden primär Geldspenden gesammelt, um Hilfsmaßnahmen vor Ort und auch für Geflüchtete hier in Deutschland zu ermöglichen. Im Lahn-Dill-Kreis bereiten sich die Malteser auf die Unterstützung bei der Betreuung von Flüchtlingen vor. Auch der [Kreisverband des DRK im Dillkreis](#) und das [DRK in Wetzlar](#) rufen zu Geldspenden für die Opfer der russischen Invasion in der Ukraine auf. Im Lahn-Dill-Kreis sind sowohl die Malteser als auch das DRK sehr engagiert im Ankunftszentrum Kestnerschule.

Zeitenwende in der europäischen Flüchtlingspolitik?

EU aktiviert „Massenzustrom-Richtlinie“

Die EU-Staaten haben sich darauf geeinigt, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell und unkompliziert aufzunehmen. Mit der Umsetzung der [Massenzustrom-Richtlinie](#) hat die EU sich entschlossen, eine solidarische und unkomplizierte Aufnahme von Kriegsflüchtlings zu ermöglichen. Damit bekommen auf jeden Fall alle Ukrainer ein festes Aufenthaltsrecht für ein Jahr, das auf drei Jahre verlängert werden kann. Sie dürfen sich frei in der Union bewegen, einer Arbeit nachgehen und haben Anspruch auf Sozialleistungen, einschließlich Krankenversicherung. Die EU-Kommission will diesen Status auch auf Drittstaatler ausdehnen, die legal in der Ukraine lebten, und auf deren direkte Angehörige. Andere Personen sollen in ihre Herkunftsländer zurückkehren, aber über EU-Staaten. Sie könnten also Asyl beantragen. Details müssen in den kommenden Tagen noch zwischen den Staaten geklärt werden.

Die Folgen des Ukraine-Kriegs auf Migration und Integration

IAB-Studie nimmt erste Einschätzung vor

Der Krieg in der Ukraine wird das Migrations- und Integrationsgeschehen in Europa nachhaltig beeinflussen. Die Grenzen der EU sind weitgehend geöffnet, unter anderem weil für Staatsangehörige aus der Ukraine keine Visumpflicht besteht und die EU mit hoher Wahrscheinlichkeit die sogenannte Massenzustrom- Richtlinie anwenden wird und damit den Geflüchteten ein vorübergehendes Aufenthaltsrechte einräumen wird. Vor diesem Hintergrund ist mit einer außergewöhnlich hohen Migration aus der Ukraine zu rechnen. die Geflüchteten aus der Ukraine, die gegenwärtig das Land verlassen, dürften sich durch ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und einen hohen Anteil von Frauen und Kindern auszeichnen. Die Integration von Geflüchteten kann stark erleichtert werden, wenn schnell Rechts- und Planungssicherheit u.a. durch längere Aufenthaltserlaubnisse und Perspektiven für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland hergestellt werden. Den Forschungsbericht können Sie [hier lesen](#).

Russlanddeutsche solidarisieren sich mit der Ukraine

Die Konfliktlinien laufen quer durch alle Communities

Mit Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts im Februar 2014 ging ein Riss durch viele post-sowjetische Familien, darunter auch zahlreiche Russlanddeutsche. Der Umgang mit dem meist intergenerationellen Konflikt reicht von einer stillen Übereinkunft, bei Zusammenkünften heikle Themen zu vermeiden, bis hin zu vollständigen Kontaktabbrüchen. Mit Russlands Völkerrechtsbruch und der Invasion am 24. Februar 2022 rückte aller Zwist in den Hintergrund. Denn seit den frühen Morgenstunden an jenem Donnerstag engagieren sich zahlreiche Russlanddeutsche unermüdlich für die Menschen in der Ukraine. Mehr hierzu in einem Artikel des [MIGAZIN](#).

Interkulturelle Woche 2022 im LDK Kreisweites Vorbereitungstreffen online

Die jährlich stattfindende „Interkulturelle Woche“ steht für gesellschaftliche Offenheit, Vielfalt und Zusammenhalt. Im Lahn-Dill-Kreis findet sie 2022 zum vierten Mal statt. Die Koordination des Programms übernimmt dabei das Vielfaltszentrum der Kreisverwaltung. Für interessierte Veranstalter bietet das Vielfaltszentrum ein Vorbereitungstreffen online an am 31.03.2022 um 17.00 Uhr. Zugang: <https://app.bbbserver.de/de/join/0e41d5cf-935b-4752-aa3b-5022d27d90c8> oder per Telefon

- 1) Telefonnummer wählen: 02195 / 9449 964
- 2) PIN auf Anfrage eingeben: 982 286 163



Film ab! JobAct-Teilnehmende präsentieren Theaterprojekt „Etwas Besseres als den Tod findest Du überall“!

In Anlehnung an den Märchenstoff der Gebrüder Grimm „Die Bremer Stadtmusikanten“ haben erneut Teilnehmende des Theaterprojektes „JobAct-Sprachkultur“, einer Maßnahme des [Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill](#), durchgeführt von der Projektfabrik gGmbH, ein Theaterstück einstudiert. 10 Teilnehmer*innen aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Russland, Syrien und Türkei haben 6 Monate intensiv miteinander gearbeitet und dabei viel gelernt über Leben und Arbeiten in Deutschland, die deutsche Sprache und ganz viel über sich selbst. Wegen der anhaltenden Corona-Pandemie musste leider zum wiederholten Mal auf eine Theaterpremiere als Live-Erlebnis verzichtet werden. Das Theaterstück wurde daher [professionell aufgezeichnet und online gestellt](#).

5

Mehr Kinder mit Migrationshintergrund sollen ihre Muttersprache lernen **Wetzlarer Ausländerbeirat sieht höheren Bedarf**

Neben ehrenamtlichen Sprachkursen wird auch an fünf Wetzlarer Schulen herkunftssprachlicher Unterricht angeboten. Möglich ist dies für Schüler der Klassen eins bis zehn. Die dominierende Sprache dabei ist in Wetzlar Türkisch. Der herkunftssprachliche Unterricht (HSU) umfasst zwei Stunden pro Woche. Um neue Kurse einrichten zu können, müssten in der Regel mindestens acht bis zehn Kinder angemeldet sein. Ziel sei es, die Zwei- oder Mehrsprachigkeit als besondere Qualifikation zu erhalten und zu fördern, den Schülern Hilfen zur Integration zu geben und ihre interkulturelle Kommunikations- und Handlungsfähigkeit mündlich und schriftlich zu stärken. [Mitglieder des Wetzlarer Ausländerbeirates sehen einen deutlichen höheren Bedarf](#) in der Stadt, u.a. für Arabisch.

Buber-Rosenzweig-Medaille geht an Peter Fischer und Alon Mayer **Auszeichnung für zwei Frankfurter Sportprofis**

Die Buber-Rosenzweig-Medaille wird seit 1968 jährlich in Erinnerung an die jüdischen Philosophen und Pädagogen Martin Buber (1878–1965) und Franz Rosenzweig (1886–1929) verliehen. Die undotierte Auszeichnung wird im Rahmen der jährlich stattfindenden Woche der Brüderlichkeit vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (DKR) mit Sitz in Bad Nauheim an Persönlichkeiten, Initiativen oder Einrichtungen vergeben, die sich um die Verständigung zwischen Christen und Juden verdient gemacht haben. [Peter Fischer](#), Präsident der Frankfurter Eintracht, wird geehrt, weil er die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Vereins angestoßen hat. Bekannt ist Fischer, weil er seit Jahren laut und öffentlich Stellung gegen rassistische Hetze und Judenhass bezieht. Alon Mayer ist Vorsitzender des jüdischen Turn- und Sportverbands in Deutschland, [Makkabi](#).

„Die Not wird schamlos ausgenutzt“ **Mieterbund warnt vor Betrug auf dem Wohnungsmarkt**

Ein Problem, nicht nur in Ballungsräumen: Vor allem Menschen mit wenig Geld [haben kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt](#). Kautionsbetrug gebe es in unterschiedlichen Formen. Mal würden Ferienwohnungen gezeigt, mal laufe es ohne Besichtigung. Dabei profitierten die Betrüger*innen, die häufig auf Immobilienportalen inserierten, zum Teil davon, dass die Betroffenen von weit her nach Frankfurt und Umgebung ziehen wollten. Aus Angst, wieder keine Wohnung zu bekommen, willigten Interessenten dann schon mal ein – trotz eines unguuten Gefühls. Es sollte erst eine ordentliche Schlüsselübergabe stattfinden und erst danach überwiesen werden. Seriöse Vermieter*innen seien damit einverstanden, ebenso wie mit einer Bankbürgschaft für eine Mietkaution. Weitere Hinweise auf www.polizei-beratung.de sowie auf www.verbraucherzentrale.de.

Online-Qualifizierungsreihe "Flucht und Trauma" **Kostenfreies Angebot für Ehrenamtliche**

Der Verbund Psychosoziales Zentrum Rhein-Main Hilfe für Geflüchtete bietet in der Qualifizierungsreihe „Flucht und Trauma“ am 2. April und 19. Mai 2022 zwei Online-Module für Ehrenamtliche an. Ziel ist es, die Traumata der Geflüchteten sowie die hieraus resultierenden Alltagsschwierigkeiten zu verstehen und hilfreich zu begleiten. Darüber hinaus werden Informationen zu Fragen des Aufenthaltsrechts sowie weitere Unterstützungsoptionen an die Hand gegeben. Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei. Informationen und Anmeldung unter: Evangelisches Zentrum für Beratung und Therapie Am Weißen Stein Eschersheimer Landstr. 567 60431 Frankfurt am Main Sina Tamar Arndt, Tel.: 069 – 5302 162, ehrenamt.flucht@frankfurt-evangelisch.de.

Hessisches Förderprogramm mit wichtigen Neuerungen für das Jahr 2022 **Aus „Sport und Flüchtlinge“ wird „Sport integriert Hessen“**

Für das Förderprogramm "Sport und Flüchtlinge" ist für 2022 eine Erweiterung geplant. So soll das Programm unter neuem Titel [„Sport integriert Hessen“](#) neben Geflüchteten auch für Menschen mit Migrationshintergrund und sozial benachteiligten Personen geöffnet werden, um Integration und soziale Teilhabe über den Sport zu unterstützen und zu fördern. Neue Bemessungsgrundlage wird die Anzahl der der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Regelleistungsberechtigten in Ihrer Gemeinde sein. Des Weiteren wird bei der Aufwandsentschädigung der Sport-Coaches und der Übungsleiter die zum 01.01.21 erfolgte Anpassung des EStG (Stichwort: Erhöhung Übungsleiterpauschale) berücksichtigt. Auch die Gewährung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns ist Bestandteil der neuen Förderrichtlinie. Neu ist eine anteilige Begrenzung der Fördermittel für Sachmittel. Alle Infos finden Sie hier.

Selbständig den Alltag meistern **Caritas Projekt „Alltagstrainer“**

Kontakt mit Behörden aufnehmen, das eigene Anliegen schildern und erfolgreich umsetzen - dies fällt manchmal selbst Muttersprachlern schwer. Hier greift das Angebot ["Alltagstrainer"](#) des Caritasverbandes Wetzlar/ Lahn-Dill-Eder, das in Dillenburg stattfindet. Das Ziel: Frauen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, in Abläufen, Vokabeln und realen Situationen zu schulen und so den Umgang mit Ämtern und alltägliche organisatorische Aufgaben zu erleichtern.

Postsowjetische Migration in Deutschland

Über die Situation der Menschen ist wenig bekannt

Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Nachfahren bilden mit rund 3,5 Millionen Menschen die größte Einwanderergruppe in Deutschland. Dennoch ist wenig über sie bekannt. Der Migrationsforscher Jannis Panagiotidis hat die erste umfassende Studie zur Community, zu ihrer Teilhabe und ihren politischen Einstellungen vorgelegt. In einer [Expertise für den MEDIENDIENST](#) stellt er die wichtigsten Erkenntnisse vor.

Wie viele ukrainisch stämmige Menschen leben in Deutschland?

Zahlen und Statistiken aus der Zeit vor der militärischen Eskalation

331.000 Menschen mit einem ukrainischen Migrationshintergrund lebten bis zum Beginn des Ukraine-Kriegs in Deutschland. Sie machen rund 10 % der postsowjetischen Migrant*innen und deren Nachkommen aus. Mehr als die Hälfte von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Eine Besonderheit: Unter denen ukrainischen Staatsangehörigen sind Frauen deutlich in der Mehrheit. Mehr Zahlen, Daten und Fakten finden Sie [hier](#).

Wer sind die "Aussiedler" und "Spätaussiedler"?

Aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion eingereist

Deutsche "Volkszugehörige" aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion – sogenannte [Aussiedler*innen und Spätaussiedler*innen](#) – waren 2020 dem Mikrozensus zufolge mit knapp 2,5 Millionen Menschen die zweitgrößte Einwanderergruppe in der Bundesrepublik, knapp hinter der Gruppe der Türkeistämmigen. Laut Definition des [Bundesinnenministeriums](#) handelt es sich bei Aussiedler*innen und Spätaussiedler*innen um "Personen deutscher Herkunft, die in Ost- und Südosteuropa sowie in der Sowjetunion unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges gelitten haben (und die) noch Jahrzehnte nach Kriegsende aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit massiv verfolgt" wurden. Sie genießen seit der frühen Nachkriegszeit einen besonderen Schutz in der Bundesrepublik.

1953 bot ihnen die Bundesregierung unter Konrad Adenauer mit dem Bundesvertriebenen-gesetz an, gemeinsam mit ihren Familien einzuwandern und hier volle Bürgerrechte zu genießen, die ihnen nach dem Grundgesetz zustehen. Die meisten Spätaussiedler kamen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, dort vor allem aus Russland und der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan, wohin das Stalin-Regime die "Russlanddeutschen" während der Kriegszeit verbannt hatte.

Mehr Bundestagsabgeordnete mit Migrationsgeschichte Mehr Anerkennung und mehr Chancen

Eine Recherche [des "Mediendienst Integration" zu Abgeordneten mit Migrationshintergrund](#) hat ergeben, dass mindestens 83 der frisch gewählten Abgeordneten einen sogenannten Migrationshintergrund haben. Entweder sie selbst oder mindestens einer ihrer Elternteile besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt. Das entspricht im Verhältnis zur Gesamtzahl der Abgeordneten einem Prozentsatz von 11,3. Auch innerhalb dieser Gruppe gibt es mehr Vielfalt, zum Beispiel durch mehr afrodeutsche und auch türkischstämmige Politiker*innen. Im alten Bundestag hatten nur 8,2% der Abgeordneten eine Migrationsgeschichte.

Wie berichten Medien über Migration?

Studie: Berichterstattung wird insgesamt positiver

Die neue Studie [„Zwischen Stürmerstars und Gewalttätern“](#), die im Auftrag des Mediendienstes Integration erstellt wurde, zeigt eine positive Entwicklung in der Berichterstattung über Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Im Vergleich zu zwei Jahren zuvor betonten Medien im Jahr 2021 seltener die Risiken von Migration und berichteten vermehrt Positives, besonders im Sport. Die wichtigsten Ergebnisse: Medien berichten häufiger über die "Chancen" von Migration (37,7 Prozent) als über die "Risiken" (29,1). Im Themenfeld Arbeitsmarkt fällt die positive Berichterstattung auf: Die große Mehrheit der Berichte betont die Chancen von Migration (94,3 Prozent). Bei der Berichterstattung über Gewaltdelikte ist eine mediale Verzerrung festzustellen: Über (mutmaßliche) ausländische Gewalttäter wird 16 Mal so häufig berichtet wie über deutsche Tatverdächtige ohne (vermuteten) Migrationshintergrund.

Gesundheitsversorgung von Geflüchteten

Unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern

In einigen Bundesländern bekommen Asylsuchende eine elektronische Gesundheitskarte und können damit zur Ärztin gehen, so etwa in Berlin, Bremen und Hamburg. In anderen Bundesländern ist das deutlich komplizierter: Teilweise müssen sie sich für jeden Besuch bei Ärzt*innen im Vorfeld beim Sozialamt einen Behandlungsschein ausstellen lassen. Das neue Policy Paper [„Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden in den Bundesländern“](#) des Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) gibt eine Übersicht über die unterschiedlichen Regelungen. Die Autorin empfiehlt der Politik, den Zugang von Geflüchteten zur Gesundheitsversorgung zu vereinheitlichen und zu erleichtern.

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen

Benachteiligung in mehrfacher Hinsicht

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sind in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Dabei sind sie eine besonders vulnerable Gruppe von Menschen, die aber bisher kaum wahrgenommen wird. Schätzungen zufolge sind zwischen 10 und 15 % aller Geflüchteten betroffen. Das DRK-Projekt „Bedarfserhebung von geflüchteten Menschen mit Behinderung“ hat sich deshalb als Ziel gesetzt, Bedarfe von geflüchteten Menschen mit Behinderungen zu ermitteln, die bisher nicht systematisch erfasst werden. Wolfram Buttschardt, Projektreferent Flucht und Behinderung im [DRK-Landesverband Brandenburg](#), arbeitet am Projekt mit. Im Interview im Blog des Landesverbands legt er dar, mit welchen Barrieren sich geflüchtete Menschen mit Behinderung konfrontiert sehen – und warum die Vernetzung einzelner Akteur*innen in Kommunen so wichtig ist.

Mehr Zustimmung zu Flüchtlingsaufnahme

Neue Studie der Bertelsmann Stiftung

Immer mehr Menschen finden, dass Deutschland mehr Geflüchtete aufnehmen sollte. Das zeigt die neue Studie zur „Willkommenskultur“ der [Bertelsmann Stiftung](#). Der Studie zufolge meinten 48 Prozent der Befragten, Deutschland könne mehr Geflüchtete aufnehmen. 2019 und 2017 hatten dies nur 37 Prozent so gesehen. Auch die Zahl der Befragten die angab, dass Deutschland keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen könne, ist so niedrig wie zuletzt vor der "Fluchtkrise" 2015.

Gezielte Impfkampagnen können viel bewirken

Neue Studie des RKI zu Menschen mit Migrationshintergrund

Die Impfquote bei Menschen mit Migrationshintergrund ist niedriger als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund. Viele Ungeimpfte ließen sich aber noch überzeugen. Das zeigt eine neue Studie des Robert Koch-Instituts. Ergebnisse der Studie erhalten Sie [hier](#).

Auf ein Wort: Diversität...

„Derjenige sein dürfen, der man ist“

Was ist das Gegenteil von Diversität? In welchem Zusammenhang stehen Diversität und Emanzipation? Warum treffen Forderungen nach Anerkennung von Diversität bei manchen Menschen auf so großen Widerstand? Wie sähe eine Welt aus, in der Diversität keine Grenzen kennt, und wie kommt man ihr näher? Michel Friedman und die Politologin Emilia Roig sprechen über [Diversität](#).

Rassismus in deutschen Behörden

Keine Ausnahme, sondern die Norm?

In deutschen Behörden sind sich laut einem Bericht rassistischen Vorstellungen weit verbreitet. Stigmatisierungen, Stereotype sowie Handlungsunsicherheiten bei Polizei oder Arbeitsverwaltung hätten zum Teil gravierende Auswirkungen für Migrant*innen bei Jobvermittlung, Gesundheitsversorgung und Kontrollen. Das geht aus einem Report des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der [Universität Duisburg Essen](#) hervor. Der Bericht fasst drei Kurzstudien von IAQ-Forscherinnen zusammen, für die sie in verschiedenen Bundesländern Interviews mit Führungskräften bei der Polizei, mit Jobcenter-Mitarbeitern und von lokalen Gesundheitsbehörden führten. Für Betroffene mit Migrations- oder Fluchtgeschichte oder bestimmten Merkmalen wie „nicht westlicher Kleidung“ führten die Zuordnungen in bestimmte Gruppenkategorien unter Umständen zu Stigmatisierungen. Behörden müssten ihre Routinen kritischer hinterfragen sowie ihren Mitarbeitern rassismuskritische Schulungen anbieten.

Rassismus bei der Flucht aus der Ukraine?

„Aussonderung nach Hautfarbe“

Mehreren voneinander unabhängigen Augenzeugenberichten zufolge werden Flüchtende an der ukrainisch-polnischen Grenze nach ihrer Hautfarbe ausgesondert. Weiteren Berichten auf Twitter zufolge werden flüchtende Schwarze Menschen nicht in Busse Richtung Polen aufgenommen oder werden nach stundenlangem Ausharren in eisiger Kälte an der polnischen Grenze zurückgewiesen. Kritisch kommentiert wird in den sozialen Medien auch, die „plötzliche“ Solidarität von Ländern wie Ungarn oder Polen mit Geflüchteten. Diese hatten die Aufnahme von Afghanen, Syrern oder Schutzsuchenden aus anderen afrikanischen Ländern mit Verweis auf mangelnde Kapazitäten abgelehnt. [Mehr hierzu im MIGAZIN](#) und in im „Faktenfinder“ der [Tagesschau](#).

Deutschland hat erstmals eine Antirassismusbeauftragte

Integrationsministerin Reem Albali-Radovan übernimmt dieses Amt

Als [neue Beauftragte für Antirassismus](#) will Reem Albali-Radovan eine "Diversity-Strategie" für die Bundesverwaltung erarbeiten. Ihr Ziel sei es, dass sich die Vielfalt unserer Gesellschaft auch in den Bundesministerien und Bundesbehörden widerspiegelt. Die Koalition aus SPD, Grünen und FDP hatte vereinbart, eine Antirassismus-Beauftragte zu berufen. Zudem soll es in dieser Wahlperiode eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Antiziganismus geben.

Antisemitische Straftaten erreichen neuen Höchststand **Corona-Demonstrationen tragen zu Anstieg bei**

[Medienberichten](#) zufolge erreicht die Zahl der antisemitischen Straftaten einen neuen Höchststand. 2021 registrierten die Behörden vorläufigen Angaben zufolge 3.028 antisemitische Straftaten, das sind rund 29 Prozent mehr als 2020. Seit Jahren nimmt die Zahl der antisemitischen Straftaten zu. In den letzten beiden Jahren haben Fachleuten zufolge die Corona-Demonstrationen zu dem Anstieg beigetragen. Weitere Einschätzungen finden Sie in einem aktualisierten Dossier des [MEDIENDIENST](#).

Wie gelingt Deradikalisierung bei Islamist*innen? **Antworten im neuen Sammelband des BAMF-Forschungszentrums**

Das [BAMF-Forschungszentrum](#) hat einen neuen Sammelband herausgegeben. Autor*innen aus Wissenschaft und Praxis zeigen auf, welche Ansätze erfolgreich sind und woran die Deradikalisierung oft scheitert. Eine Erkenntnis: Die Wiedereingliederung in eine Moscheegemeinde kann ein wichtiger Teil der Deradikalisierung sein. Diese brauchen jedoch Unterstützung. Außerdem empfehlen die Autor*innen einen intensiveren Wissensaustausch in der Deradikalisierungsarbeit, auch mit Projekten im Ausland.

Warum wir aufhören sollten über „die Flüchtlinge“ zu reden **Kritischer Kommentar fordert Differenzierungen**

Tobias Gehring, Autor für das [MIGAZIN](#), plädiert für eine inhaltliche und sprachliche Differenzierung, wenn wir über Geflüchtete sprechen. Dies gelte vor allem auch in den Medien. Gehring weist darauf hin, dass nicht „die Flüchtlinge“ kommen, sondern nur ein kleiner Teil von ihnen. „Sie sind alle Individuen, und sie sind alle völlig verschieden“. Die eindimensionale Perspektive sei ein Nährboden für pauschalisierende Stereotype und Feindbilder von ‚den Flüchtlingen‘. Gehring kritisiert, dass wir viel zu wenig über sie sprechen, statt mit ihnen. Er formuliert drei Denkanstöße, wie die Debatte um Flucht und Flüchtlinge fairer gestaltet werden kann.



Bild: Pixabay

Migrant*innen schicken mehr Geld in ihre Herkunftsländer **Einfluss der Pandemie erstaunlich gering**

Mehr Geld als je zuvor haben Migrant*innen in den vergangenen Jahren an Angehörige im Ausland überwiesen. Und das trotz der Corona-Pandemie. Woran liegt das? Viele Migrant*innen haben in der Corona-Pandemie ihre Jobs [verloren](#). Die Weltbank prognostizierte, dass Rücküberweisungen in die Herkunftsländer – sogenannte Remittances – um bis zu 20 Prozent abnehmen würden. Das hätte massive Auswirkungen auf die dortigen Volkswirtschaften. Der [MEDIENDIENST](#) hat hierzu recherchiert. Wie sich Migration auf die Herkunftsländer auswirkt untersuchen Wirtschaftswissenschaftler. Eine Zusammenstellung der Ergebnisse finden Sie in einem [Dossier](#) der Bundeszentrale für politische Bildung.

Wie Gastarbeiter Westdeutschland zum Einwanderungsland machten **Ausstellung des Goethe-Instituts in Mannheim**

Ohne Arbeitsmigranten ist das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik nicht vorstellbar. Anerkennung bekamen die "Gastarbeiter" dafür kaum. Jetzt erzählt eine Ausstellung des [Goethe-Instituts Mannheim](#) ihre Geschichten. Überlebensgroß stehen 18 Foto-Porträts an zentralen Orten in der südwestdeutschen Industriestadt, in der heute über 170 Nationen zusammenleben. Sowohl per QR-Code und Mobiltelefon als auch im Goethe-Institut selbst gelangen Besucher zu Videointerviews mit den Protagonisten.

Einblicke in türkisch-deutsche Wohnzimmer **120 Bilder aus dem Jahr 1990 in einer Ausstellung**

Bunte und persönliche Einblicke in das Leben türkischer Migranten vor drei Jahrzehnten zeigt die [Ausstellung „Wir sind von hier. Türkisch-deutsches Leben 1990“](#) mit zahlreiche Bildern aus „türkisch-deutschen Wohnzimmern“ im Museum für Hamburgische Geschichte. Der Istanbuler Fotograf Ergun Çağatay (1937-2018) besuchte von März bis Mai 1990 Hamburg, Essen, Duisburg, Berlin und Werl und hielt auf rund 3.500 Aufnahmen migrantisches Leben fest. Auf den in der Ausstellung zu sehenden 120 teils großformatigen Bildern fächere sich die ganze Vielfalt der damaligen deutsch-türkischen Lebenswelt auf.

„Digge mal!“ Das Manische in Gießen **Ausstellung im Oberhessischen Museum, Altes Schloss**

Das Manische ist eine Gießener Besonderheit. Die Sondersprache der eher sozial Ausgegrenzten ist eine Variante des [Rotwelschen](#). Zahlreiche ihrer Begriffe haben aber auch Eingang in die Umgangssprache vieler Gießener gefunden. Ihr widmet sich die neue Kabinettausstellung im Alten Schloss. Der Titel: »Digge mal!« (Guck mal!). Manche Wörter oder Ausdrücke sind in die Gießener Umgangssprache eingegangen. Doch wo liegen eigentlich die Ursprünge dieser Sprache und von wem und zu welchem Zweck wurde sie gesprochen? Welchen Einfluss hatte sie auf die Stadtentwicklung und welche Bedeutung hat sie heute? Die Ausstellung nähert sich diesem vielschichtigen Thema und vermittelt den Besucher*innen einen Einblick in die Kultur- und Sprachgeschichte. [Die Ausstellung läuft noch bis zum 01. Mai.](#)

„Einmal mit scharf, bitte!“ **Der Döner – eine türkisch-deutsche Kulturgeschichte**

Wer hat den Döner nach Deutschland gebracht? Darum ranken sich zahlreiche Mythen. Waren es Gastronomen aus Berlin oder doch ein 16-Jähriger aus Reutlingen? Oder waren es eigentlich griechische Migrant*innen, die den Weg ebneten? „Der Gyros tauchte als Street Food vor dem Döner in Deutschlands Städten auf“, schreibt der Diplomsoziologe Eberhard Seidel in seinem neuen Buch [„Döner. Eine türkisch-deutsche Kulturgeschichte“](#). Ende der 60er Jahre war das das. Wenig später eröffneten die ersten Döner-Läden in Deutschland und spätestens in den 80er Jahren wurde der Döner im Brot zu einer Erfolgsgeschichte.



Bild: Pixabay

Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

norbert.wenzel@lahn-dill-kreis.de, Tel. 06441 407 1487

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail.

Fotos: LDK, privat und Pixabay

In diesem Newsletter wird aus folgenden Gründen die Gender*Gap-Schreibweise verwendet (z. B. Mitarbeiter*innen): Bei der meist anzutreffenden (männlichen) Schreibweise ist nicht davon auszugehen, dass tatsächlich weibliche und andere Perspektiven wie die von transidenten oder intersexuellen Menschen mitgedacht werden. Die Gender*Gap-Schreibweise bewegt sich zwar weiterhin zwischen den Polen männlich und weiblich, sie lässt aber deutlich mehr Raum für weitere Geschlechteridentitäten. Der Gender-Gap ist somit auch ein Beispiel für sprachliche Inklusion.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364